

SARS-COV-2

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in diesen Tagen haben Sie Hunderte von Mails und Briefen an die Leserbriefredaktion der Frankfurter Rundschau geschrieben. Die Themen Pandemie und Sars-CoV-2 beschäftigen Sie genauso wie mich, der Ihre Zuschriften im Homeoffice empfängt. Ich versuche natürlich, so viele Leserbriefe wie möglich zu veröffentlichen, denn Ihr Engagement, Ihr Mitreden, darf nicht unbeachtet verpuffen. Das Print-Leserforum stößt dabei jedoch an Grenzen. Das FR-Blog ist die Fortsetzung des gedruckten Leserforums im Internet. Dort habe ich eine Übersicht für Sie erstellt. Alles Weitere erfahren Sie unter frblog.de/corona-uebersicht Ihr Bronski



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Das Parlament kann gehen

Zu: „Orbans Staatsstreich“, FR-Meinung vom 25. März

Dank Corona hat sich das EU-Mitgliedsland Ungarn in aller Öffentlichkeit zur „Demokratie“ (Vorstufe der Diktatur) gemauert. Ministerpräsident Viktor Orban kann nun, ganz ohne sein „Placebo-Parlament“, schalten und walten wie er gerade lustig ist, und das vorerst auf unbegrenzte Zeit. Er hat sich seinen wohl schon langgehegten Wunsch vom Parlament einfach so, und ohne größere Not, nebenbei erfüllen lassen. Das ungarische Parlament hat nun ausgedient, das ungarische Parlament könnte gehen, aber Viktor Orban lässt hier ganz großzügig, Gnade vor „Recht“ ergehen!

Riggi Schwarz, Büchenbach

Die EU darf jetzt nicht länger zusehen

Eine echte Demokratie gibt es schon seit geraumer Zeit in Viktor Orbans Ungarn nicht mehr. Scheibchenweise hat der rechtsnationale Ministerpräsident diese beste aller Staatsformen außer Kraft gesetzt und durch ein auf sich zugeschnittenes autoritäres Regime ersetzt. Die Pandemie mit dem neuartigen Corona-Virus nutzt er, um die Abgeordneten ihrer Kontrollaufgaben zu entbinden und Opposition zu verunmöglichen. Kritik an ihm wird im Sinne seiner illiberalen Demokratie kriminalisiert und mit Gefängnis bestraft.

Die in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte verbrieften Freiheitsrechte werden heute in Ungarn mit Füßen getreten. Jetzt haben Orban und seine Fidesz-Partei in der Tat ein Ermächtigungsgesetz beschlossen. Die sozialdemokratische Europa-Politikerin Katarina Barley fordert daher zu Recht, dass die EU-Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen und eine einstweilige Anordnung gegen das zum Himmel schreiende Notstandsgesetz des Antidemokraten Orban beantragen soll. Die EU kann nicht zusehen wie die Demokratie in Ungarn von innen heraus zerstört wird. Manfred Kirsch, Neuwied

Die „Krisengewinnerin“ hat jahrelang gepennt

Zu: „Krisengewinner, Krisenverlierer“, FR-Politik vom 28. März

Der Regierung war bekannt, was Pandemie bedeutet

Im Januar 2013 wurde dem Bundestag ein Szenario „Modi-SARS“ vorgelegt, in dem der Ausbruch einer Pandemie durchgespielt wird. Dabei wird festgestellt, dass es an notwendigen Schutzausrüstungen für Ärzte und Fachpersonal sowie an Klinikplätzen fehlen wird. Warum hat die damalige Bundesregierung unter Leitung von Frau Merkel zum Schutze der Bevölkerung nicht darauf reagiert und entsprechende Maßnahmen ergriffen? Stattdessen wird heute mit staatstragender Miene vorgetragen, dass alle jetzt ergriffenen Restriktionen zum Wohle der Bevölkerung sind. Wie kann die CDU unter Merkel da Krisengewinner sein?

Jürgen Rohland, Aichwald

Das Bild eines Mannes, der in der Brandung steht

Sie machen sich zu Recht Gedanken darüber, warum die SPD in Umfragen ständig verliert, obwohl sie die Kärnerarbeit leistet! Hier eine Antwort: Sie veröffentlichen auf derselben Seite Bilder von Merkel, Söder und

Scholz. Die Kanzlerin und den Ministerpräsidenten in Siegerpose und den Minister in Verliererpose mit einem Taschentuch vor den Augen. Ich würde mich schämen, solch ein Bild von einem Mann zu veröffentlichen, der bis zum Umfallen in der Brandung steht, und irgendwann an irgendeiner Stelle sich die Augen – ungeklärt, warum er das macht – reibt. Die Menschen sehen einen Menschen, der einen eher verzweifelten Eindruck hinterlässt. Die FR arbeitet für den Bonus der Bundeskanzlerinpartei und den Malus für die SPD. Ruprecht Müller-Schiemann, Altstadt

Auferstanden aus dem desolaten Siechtum

Als das Umfrageergebnis vom 27.3. veröffentlicht wurde, traute ich meinen Ohren nicht. Die CDU wieder auferstanden aus dem desolaten Dahinsiechen. Wo waren die überragenden Leistungen? Waren das die von Frau KK und Klöckner und den Herren Scheuer und Altmeier und Thüringen u.v.a.m.?

Und auch schon vor und ebenso jetzt in der Krise haben insbesondere die Minister Giffey,

Heil und Scholz maßgeblich dafür gesorgt, dass nicht nur große Konzerne und Unternehmen, sondern gerade kleine und Kleinstunternehmer sowie die Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Das Hartz-IV-Trauma wird die SPD niemals los. CDU/CSU und FDP haben bei der Einführung laut gejubelt und dankend zugestimmt (es hätte auch gern schärfer ausfallen können), selbst hätten sie es nie gewagt. Die Grünen waren mit der SPD in der Regierung und sind dann in der Opposition untergetaucht.

Selbst unser zur Zeit sehr geschätzter Gesundheitsminister musste von Virologen und Ärzten zum Handeln getrieben werden, dann hat er seinen Job gut gemacht. Aber reicht das für so eine Zustimmung?

Dieses Deutschland will keinen Wandel. Welche Politik macht eigentlich die Reichen immer reicher, während Millionen zu den „Tafeln“ müssen? Und es werden immer mehr.

Übrigens: Alles, was gerade finanziert wird, zahlt nicht „der Staat“, unsere Regierung oder irgendeine Partei, sondern wir alle, die Bürger dieses Staates.

Georg Wientzek, Neu-Isenburg

Was derzeit plötzlich möglich wird, weil es nötig ist

Zu: „Wie wollen wir morgen leben?“, „Die Welt nach Corona“ und „Die gesunde Gesellschaft“, FR-Titel und -Magazin vom 30. März

Das Gesundheitssystem muss ertüchtigt werden

Vielen Dank für diesen Beitrag! Tatsächlich ist jetzt die Zeit der Daseinsvorsorge. Allerdings sollten wir nicht warten bis nach der Corona-Krise. Die Politik trägt eine wesentliche Verantwortung dafür, welche Kapazität unsere Gesundheitsversorgung schon jetzt hat.

Alle Einschränkungen, die Bund und Länder uns im Zuge der Corona-Epidemie abverlangen, dienen dazu, die Ausbreitung hinauszuzögern. Und zwar weil unsere Krankenhausversorgung nicht ausreicht. Es gibt zu wenig Intensivbetten, zu wenig Beatmungsgeräte, zu wenig Pflegepersonal, zu wenige Krankenhäuser überhaupt. Maßnahmen zum „social distancing“ sind Zuhause-Bleiben, Kontaktsperren, Schulschließungen sowie ein drastisches Zurückfahren des öffentlichen Lebens. Damit verbunden sind weitreichende Eingriffe in die Bürgerrechte. Viele Menschen sind massiv in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. „Flattening the curve“, „Die Kurve abflachen“ ist eine extreme Ausnahme-Reaktion. Mindestens ebenso extreme Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die Kapazität des Gesundheitssystems auszubauen.

Die deutsche Bundesregierung hat Anzeigen geschaltet, in denen Pflegepersonal Schilder zeigt, auf denen steht: „Wir bleiben für euch hier. Bleibt ihr bitte für uns daheim.“ Wir sollten von zu Hause aus Bilder schicken, auf denen steht: „Liebe Regierung: Wir bleiben daheim. Repariert

ihr bitte die Gesundheitsversorgung!“

Die Corona-Krise ist eine Krise unseres Gesundheitssystems. Wir müssen dieses System schnell ertüchtigen. Die wichtigsten Schritte sind: Verstaatlichung privatisierter Krankenhäuser, Abschaffen der Fallpauschalen, Produktionsausweitung bei Intensivbetten, Beatmungsgeräten und Schutzkleidung, strenge Tempo-Limits auf den Straßen für weniger Unfallverletzte, fünfzig Prozent höhere Bezahlung für das Pflegepersonal, volle Anrechnung von Überstunden, verlässliche Kinderbetreuung, sichere und sterile Arbeitsbedingungen sowie eine europaweite Solidarität der Krankenhäuser.

Carl-Friedrich Waßmuth, Berlin

Mit chinesischer Geschwindigkeit

Man kommt aus dem Staunen nicht raus, was da täglich in Sachen Corona alles nötig und möglich ist. Gewiss: Es sind unumgängliche Freiheitseinschränkungen, Restriktionen, Verzichtsentscheidungen, aber man denke dem gegenüber nur mal an umgehende Verbote für Glyphosat und Gülle auf dem Acker, Verbote für Antibiotika und Raumknappheit in der Tierhaltung, an konsequente Einführung von Zertifikaten und Fußabdruck-äquivalenter Kerosinsteuer für den Flugverkehr, an konsequenten Bau der Nord-Süd-Stromtrassen, der Anschlussstrecken zum Gotthard- und Brenner-Basistunnel mit „chinesischer“ Geschwindigkeit, Ausstieg aus der Braunkohle-Ver-

stromung in wenigen Jahren usw. Der Aufschrei wäre ungeheuerlich: „Moralisierung der Politik“, „Verbotspolitik“, „Klimahysterie“, „Freiheitseinschränkungen“, „Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger“ und – „Sozialismus“, „Kommunismus“, als ob der vormalig real-existiert-habende Sozialismus natur- und umweltfreundlich gewesen wäre. Und wir kennen die Gegenpartien: „Freier Konsum für freie Konsumenten“, „freie Fahrt für freie Fuhrunternehmer“, die LKW müssen sein.

Einen „nationalen Kraftakt“, „eine tägliche Ansprache der Kanzlerin“ fordert die „Bild“-Zeitung und listet auf, was jeder Einzelne zu tun und zu lassen hat – man stelle sich das einmal zwecks (gerade) noch möglicher Begrenzung der Erderwärmung vor! „Augenmaß“, „Orientierung am Machbaren“, „keine schädigenden Nebenwirkungen“, „sozial verträglich“, was vielmehr heißen soll „nur sozial verträglich“, – so lauten die Beschwörungsformeln all der Politiker, die in Wahrheit um jede Wählerstimme kämpfen.

Und „allein der technische Fortschritt bringt’s“, was nicht nur falsch ist, sondern den größten ökologischen Unsinn zur Folge haben kann. Jüngstes Beispiel: Stromoberleitungen für LKW auf den Autobahnen. Mal ganz abgesehen davon – was, wenn da plötzlich einer stehenbleibt? Es ist, als würde die Deutsche Bahn nicht 50 bis 60 Container auf einem Zug mit einer Lok bewegen, sondern jeden dieser Containerwagen mit einem eigenen Elektromotor und einem eigenen

Stromabnehmer ausstatten. Aber die Güter müssen je weiter zum Zielort bewegt werden, wo’s keine Bahn mehr gibt. Ja gewiss. Aber wo bleiben die dann zur Benutzung rechtsverbindlich vorzuschreibenden Brummi-Überstülzungen von Region zu Region, von Grenze zu Grenze zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd und darüber hinaus von ost- und südeuropäischen Ländern zur Nord- und Ostseeküste? Bislang Fehlanzeige!

Manfred Wetzel, Agathenburg

Erhöhung von Steuern, Kürzung von Leistungen

Das Coronavirus bedroht jegliches Leben der Menschen weltweit. Alle Entscheidungen bei uns bis hin zum Kontaktverbot und den Rettungsmaßnahmen für Unternehmen und Private zur Abfederung der finanziellen Folgen sind aus meiner Sicht angemessen. Das gigantische Volumen des Pakets mit gut 700 Milliarden Euro (ob das reicht, kann man noch nicht absehen), das in kürzester Zeit beschlossen wurde, entspricht etwa 35 Prozent unserer Staatsverschuldung, die sich im Verlauf von langen rund 70 Jahren aufgebaut haben.

Diese Mehrverschuldung muss wieder abgebaut werden. Und das bedeutet, dass wir nach Überwindung der Krise massive Erhöhungen von Steuern und Abgaben und Kürzungen von Leistungen zu erwarten haben. Dessen sollten wir uns schon heute bewusst sein.

Winfried Beinsen, Frankfurt

Diskussion: fr.blog.de/lehren